

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Bevölkerung und Klimawandel**
Weltbevölkerungsbericht 2009
- 4 Migration als Chance**
Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 2009
- 8 Viele Frauen zahlen hohen Preis für Migration**
DGVN-Tagung
- 9 Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Entwicklung – 15 Jahre nach Kairo**
Globales NGO Forum in Berlin
- 12 Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009**
- 12 Weltwasserentwicklungsbericht 2009**

Bevölkerung und Klimawandel

Weltbevölkerungsbericht 2009

„Beim Klimawandel geht es um Menschen. Menschen verursachen Klimawandel, Menschen sind davon betroffen, Menschen müssen sich daran anpassen. Und nur Menschen haben die Macht, ihn aufzuhalten“, heißt es im aktuellen Weltbevölkerungsbericht 2009 des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Der Bericht „Eine Welt im Wandel: Frauen, Bevölkerung und Klima“ stellt die Menschen – und insbesondere die Frauen – in den Mittelpunkt. Die internationale Klimapolitik könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Bevölkerungsentwicklung stärker berücksichtigt, lautet die Schlussfolgerung des Berichts, den die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) in deutscher Kurzfassung im November 2009 in Berlin vorgestellt hat.

Aktuellen Projektionen zufolge wird die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 von heute 6,8 Milliarden auf 9,1 Milliarden Menschen anwachsen. 98 Prozent dieses Bevölkerungswachstums finden in den Entwicklungsländern statt. Gleichzeitig verändert sich das Klima, mit verheerenden Folgen vor allem in armen Ländern, die am wenigsten darauf vorbereitet sind. Der Weltbevölkerungsbericht zeigt, dass

Familienplanung, reproduktive Gesundheit und die Förderung von Frauen den Klimawandel beeinflussen können. UNFPA untersucht in dem Bericht nicht nur die Wechselwirkungen zwischen dem Klimawandel und Bevölkerungsdynamik, Umweltmigration und Armut, sondern präsentiert auch Lösungswege zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Der Bericht nimmt Bezug



Suresh Sawant, Mumbai

auf die kommenden Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres und gibt konkrete Empfehlungen ab (s. Kasten unten).

Die Autoren des Weltbevölkerungsberichts fordern die Regierungen auf, die Planung und das Management umweltbedingter Migration zu verbessern und in die Katastrophenvorsorge zu investieren. In Kopenhagen dürfe es nicht nur um klimafreundliche Technologien und die Reduktion von Treibhausgasen gehen. „Die Klimadebatte der Zukunft muss über technische und finanzielle Fragen hinaus geöffnet werden und die menschlichen Dimensionen des Klimawandels einschließlich der Gender-Thematik berücksichtigen“, schreibt UNFPA-Direktorin Thoraya Ahmed Obaid in ihrem Vorwort zum Weltbevölkerungsbericht.

Klimawandel verschärft Armut

Bislang habe sich die Klimadebatte größtenteils um die relative Verantwortung der einzelnen Länder zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen und zur Finanzierung der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Energieversorgung und andere klimafreundliche Technologien gedreht. Diese Fragen seien zwar von entscheidender Bedeutung. Wichtig sei aber auch die Frage nach den unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevöl-

kerung in den Regionen sowie in den einzelnen Ländern – als auch nach den unterschiedlichen Folgen für Männer und Frauen.

Der Klimawandel droht die Armut weiter zu verschärfen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in noch tieferes Elend zu stürzen. Weltweit leben zahllose arme Menschen in Küstengebieten, in tief liegenden Mündungsdeltas oder auf Inseln. Viele von ihnen sind Kleinbauern oder beziehen ihren Lebensunterhalt aus dem Meer. Arme Haushalte sind Klimaveränderungen besonders schutzlos ausgeliefert, da sie wenig oder keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten und anderen Sozialleistungen haben, die sie vor den Folgen der sich verändernden Bedingungen schützen könnten – und da es ihnen an finanziellen Mitteln mangelt, können sie der drohenden Gefahr durch Migration auch nicht entgehen.

Demographische Faktoren

Die Klimawissenschaftler, und das gilt auch für die Autoren der Berichte des Weltklimarates (IPCC), sind sich bewusst, welch bedeutende Rolle die Geschwindigkeit und das Ausmaß des Bevölkerungswachstums in den letzten Jahrzehnten für den Anstieg der künftigen Treibhausgasemissionen spielen. Langfristig könnte ein langsames Bevölkerungswachstum

helfen, die globalen Emissionen in eine Balance mit der Atmosphäre zu bringen. Kurz- und mittelfristig könne es den Ländern helfen, sich besser an Klimaveränderungen anzupassen, heißt es im Weltbevölkerungsbericht.

Die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Treibhausgasemissionen sind aber nicht die einzige Verbindung zwischen Demographie und Klimawandel. Die Haushaltsgröße ist eine weitere Variable, die mit darüber bestimmt, wie viele Treibhausgase in die Atmosphäre freigesetzt werden. Wie Studien gezeigt haben, ist der durchschnittliche Energieverbrauch pro Kopf in kleineren Haushalten höher als in größeren Haushalten. Es gibt auch Hinweise darauf, dass Veränderungen in der Altersstruktur und geographischen Bevölkerungsverteilung – der Trend zum Leben in der Stadt beispielsweise – den Anstieg der Emissionen beeinflussen.

Das Bevölkerungswachstum kann in vielen Regionen zur Verknappung natürlicher Ressourcen wie Wasser und Ackerland führen und damit die Folgen des Klimawandels verschärfen. In armen Ländern entstehen zusätzliche Hürden bei der Armutsbekämpfung, die die Millenniums-Entwicklungsziele aufs Spiel setzen könnten. „Gesundheit muss daher Schwerpunkt der Entwicklungshilfe sein – gerade angesichts des Klimawandels. Sonst riskieren wir, die hart errungenen Entwicklungsschritte für immer zu verlieren“, mahnt DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr.

Wie stark eine Verringerung des Bevölkerungswachstums ins Gewicht fallen wird, hängt auch von den zukünftigen globalen ökonomischen und technologischen Trends sowie der Entwicklung des Konsums ab. Nach Schätzung von Experten würden bei einem Anstieg der Weltbevölkerung bis 2050 auf nur acht Milliarden anstelle der bislang projizierten neun Milliarden Menschen etwa ein bis zwei Milliarden Tonnen weniger Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt.

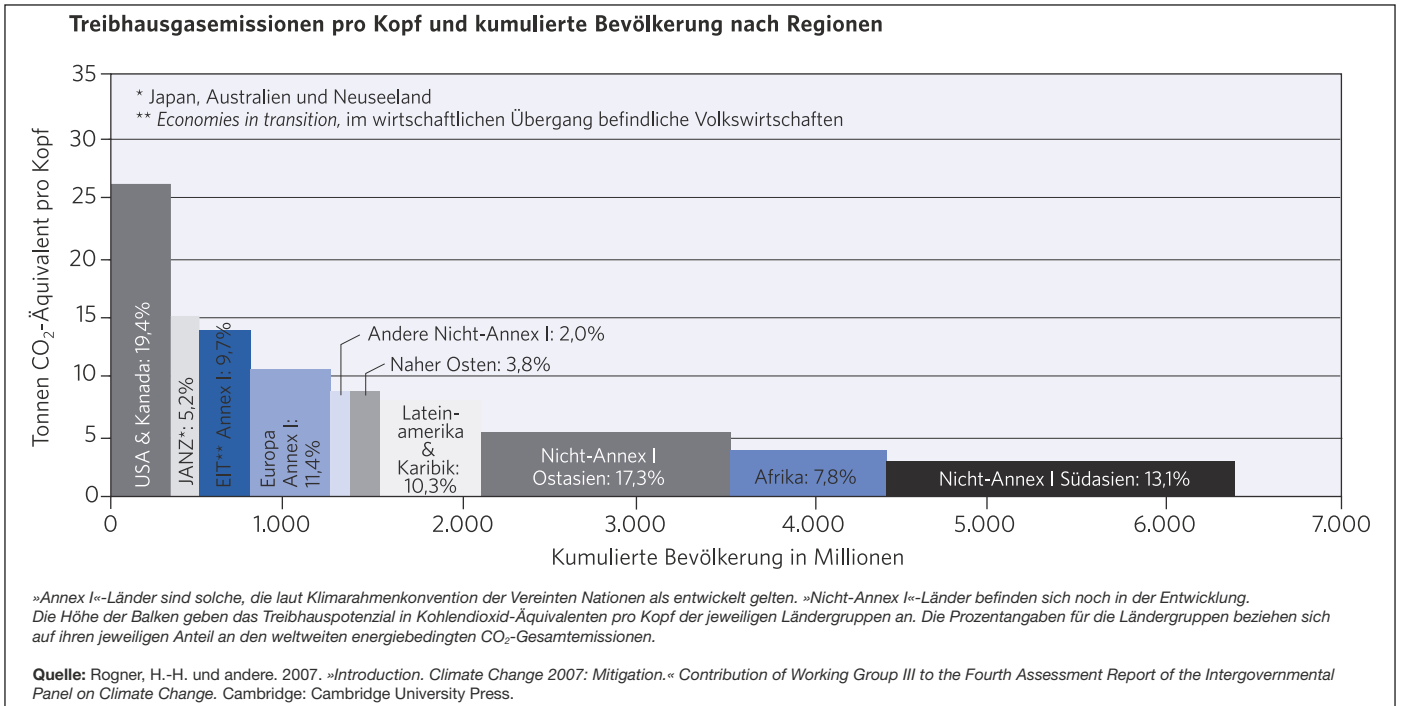
Frauen sind besonders betroffen

Der Klimawandel wird nicht nur Menschenleben in Gefahr bringen und die Lebensgrundlagen verringern, er verschärft auch die Kluft zwischen reichen und armen Menschen und die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Denn er wirkt

Empfehlungen des Weltbevölkerungsberichts für die Klimaverhandlungen in Kopenhagen

Den Unterhändlern, die im Dezember 2009 zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zusammenkommen, empfehlen die Autoren des Weltbevölkerungsberichts 2009 Maßnahmen in fünf wichtigen Bereichen:

- 1: Auf allen Ebenen der Klima- und Umweltdiskussionen ein besseres Verständnis von Bevölkerungsdynamik, Gender und reproduktiver Gesundheit einbringen.
- 2: Dienstleistungen der Familienplanung und Verhütungsmittel im Rahmen der reproduktiven Gesundheit und Rechte vollständig finanzieren und sicherstellen, dass niedrige Einkommen keine Zugangsbarriere darstellen.
- 3: Forschung und Datenerhebung darauf ausrichten, das Verständnis der Geschlechterfrage und der Bevölkerungsdynamik für die Minderung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen zu verbessern.
- 4: Die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung von Daten zu umweltbedingter Migration verbessern und heute schon mit den Vorbereitungen auf die – infolge des Klimawandels erwarteten – größeren Bevölkerungsbewegungen beginnen.
- 5: Aspekte zur sozialen Geschlechterfrage in die globalen Bemühungen zur Minderung des Klimawandels und die Anpassung an seine Folgen integrieren.



Quelle: UNFPA Weltbevölkerungsbericht 2009, S. 12

sich – insbesondere in armen Ländern – auf Frauen anders aus als auf Männer. Kommt es zu Dürren oder unregelmäßigen Regenfällen, müssen Frauen deutlich mehr Zeit und Energie aufwenden, um Nahrung, Wasser und Brennmaterial heranzuschaffen.

Die Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und die mangelnde Aufmerksamkeit für die negativen Folgen der Geschlechterungleichheit für Entwicklung, Gesundheit, Gerechtigkeit und das Wohlergehen der Menschen schwächen die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften gegenüber dem Klimawandel. Am anpassungsfähigsten seien Gesellschaften, in denen alle Menschen zur Schule gehen können, Zugang zu Gesundheitsfürsorge haben, den gleichen Schutz der Gesetze genießen, in der Lage sind, über ihr eigenes Leben zu bestimmen und in vollem Umfang an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren können, heißt es im Weltbevölkerungsbericht. Eine solche Anpassungsfähigkeit wurzelt häufig auch direkt in der Kultur, beispielsweise in den weit verbreiteten Traditionen, Bedürftigen zu helfen und in Zeiten der Not zusammenzuhalten.

Der Weltbevölkerungsbericht zeigt, dass Investitionen in Frauen und Mädchen die ökonomische Entwicklung vorantreiben, die Armut bekämpfen helfen und zugleich die Widerstandsfähigkeit der Menschen

gegenüber den Folgen des Klimawandels stärken kann. Entsprechend würde eine stärkere Partizipation von Frauen in der Klimafrage – ob als Wissenschaftlerinnen, als Aktivistinnen oder als Unterhändlerinnen bei Klimakonferenzen – neue Perspektiven und Lösungsansätze bringen und könne sich positiv auf die gesellschaftliche Antwort auf den Klimawandel auswirken.

Reproduktive Gesundheit

Die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo war ein Meilenstein in der Geschichte der Bevölkerungs- und der Entwicklungspolitik. Auf dieser Konferenz kam die Welt überein, dass es in der Bevölkerungspolitik nicht um Zahlen geht, sondern um die Menschen. Wenn neben dem Zugang zu Dienstleistungen der Basisgesundheits- und Grundbildung der Bedarf an freiwilliger Familienplanung und reproduktiver Gesundheitsfürsorge erfüllt wird, dann wird sich die Weltbevölkerung auf natürlichem Wege, nicht durch Zwang oder Kontrolle, stabilisieren – so die Annahme im von 179 Ländern angenommenen Kairoer Aktionsprogramm. Der Rückgang der Geburtenraten würde zu einer niedrigeren Bevölkerungszahl führen als in den meisten Treibhausgas-Emissionsszenarien zugrunde gelegt wird.

„Ein Kopenhagener Abkommen, das der Menschheit hilft, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und sich an den Klimawandel anzupassen, indem es das Wissen und die Kreativität von Frauen und Männern mobilisiert und erschließt, würde den Startpunkt einer wahrhaft wirksamen langfristigen Strategie für den Umgang mit dem Klimawandel markieren“, so UNFPA-Direktorin Obaid.

Christina Kamp

Weitere Informationen:

www.weltbevoelkerung.de

www.unfpa.org

At the Frontier: Young People and Climate Change. Youth Supplement to UNFPA's State of the World Population Report. New York, 2009, www.unfpa.org/swp/2009/en/ypreface.shtml

UNFPA-Weltbevölkerungsbericht 2009. Eine Welt im Wandel: Frauen, Bevölkerung und Klima. Kurzfassung.

Hrsg. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), Hannover, 2009, 58 Seiten.

Download:

www.weltbevoelkerung.de/pdf/WBB_09_deutsch_final.pdf

Migration als Chance

Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Migration sowohl innerhalb einzelner Länder als auch international zuzulassen, kann die menschlichen Freiheiten erweitern und das Leben von Millionen Menschen weltweit zum Besseren wenden, heißt es im Bericht über die menschliche Entwicklung 2009 (Human Development Report – HDR), der Anfang Oktober in Bangkok und in deutscher Übersetzung in Berlin vorgestellt wurde. Die Ärmsten und Geringqualifizierten könnten durch die Migration am stärksten profitieren. Doch gerade sie sind mit den größten – rechtlichen, finanziellen und gesellschaftlichen – Migrationsbarrieren konfrontiert. Durch mutige Reformen ließe sich dies ändern.

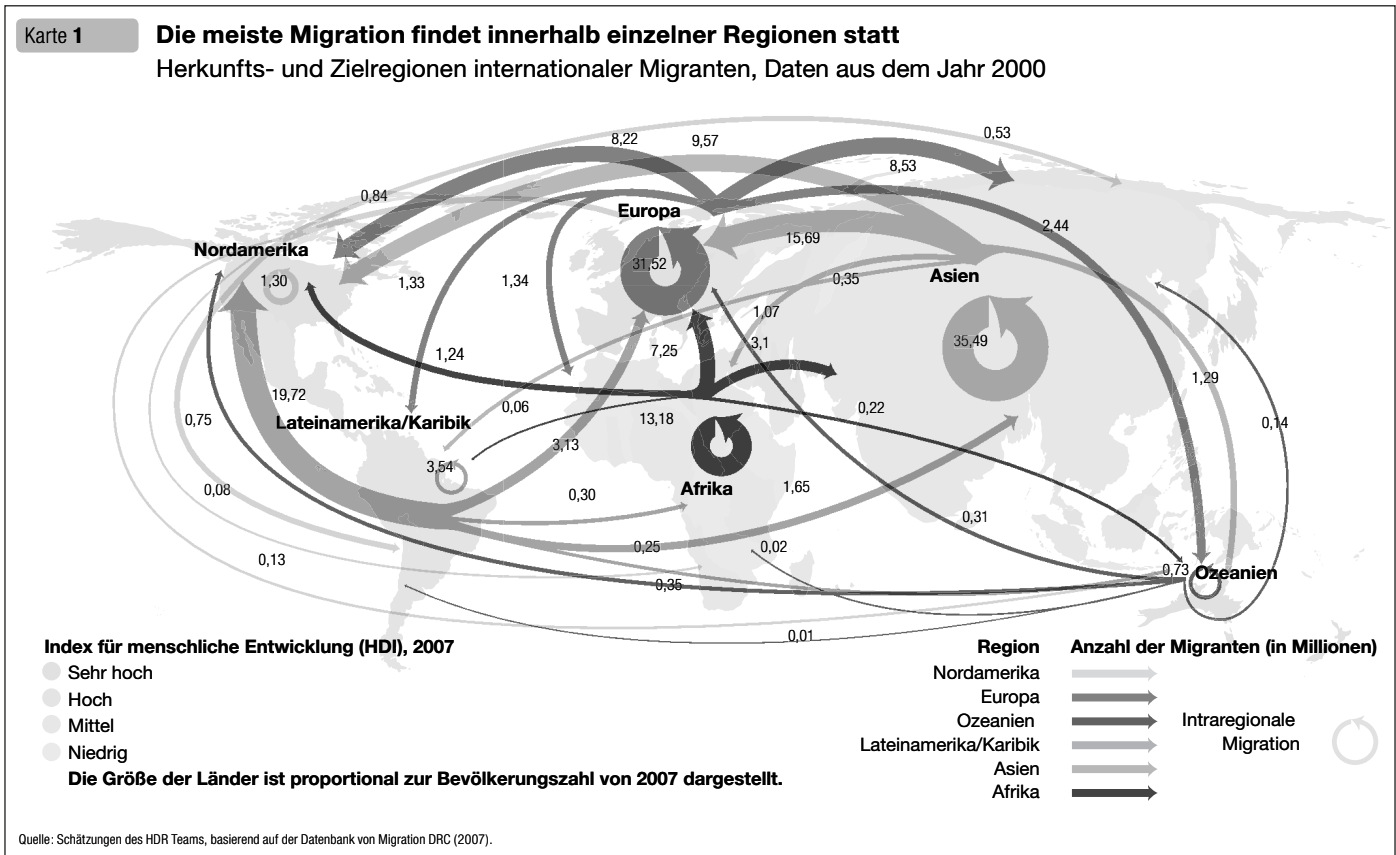
Fast eine Milliarde Menschen sind Migranten – das heißt jeder siebte Mensch auf dieser Welt verlässt seine Heimat und migriert innerhalb seines Landes oder ins Ausland. Der neue Bericht „Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung“ macht deutlich, dass Migration die menschliche Entwicklung voranbringen kann. Sie hilft den Migranten, ihre Situation zu verbessern, und sie nützt auch den Gesellschaften, sowohl in den Herkunfts- als auch in den Aufenthaltsländern der Migranten. „Migration kann eine positive Kraft darstellen und einen wesentlichen Beitrag zur menschlichen Entwicklung leisten“, betont Helen Clark, Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Entschei-

den zu können, wo man leben will, ist ein wesentlicher Teil menschlicher Freiheit, heißt es in dem Bericht.

Migration in der Wirtschaftskrise

Der Bericht macht deutlich, dass die aktuelle Wirtschafts- und Beschäftigungskrise gerade für Migranten deutliche Nachteile bringen kann. Bei Arbeitskräftemangel greifen Arbeitgeber gerne auf Migranten zurück, doch in der Rezession entlassen sie die Migranten oft auch als erste. Viele Migranten sind einem doppelten Risiko ausgesetzt. Sie leiden unter Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung und werden gleichzeitig auch noch als Problem dargestellt. Doch dies sei

nicht der Zeitpunkt für zuwanderungsfeindlichen Protektionismus, argumentiert der Bericht. Vielmehr seien gerade jetzt Reformen nötig, um die längerfristigen Vorteile der Migration zur Geltung bringen. Der Bericht über die menschliche Entwicklung argumentiert, dass Regierungen über die gegenwärtige Wirtschaftskrise hinausschauen müssen. So lasse sich auch die wirtschaftliche Erholung vorbereiten, zum Beispiel durch Strukturreformen zur Liberalisierung und Vereinfachung der regulären Wege, auf denen Arbeitskräfte Jobs annehmen können. Zugleich müssen die Rechte der Migranten gewahrt werden. Der Bericht sieht in der gegenwärtigen Rezession eine Chance, einen „neuen Deal“ für Migranten einzuleiten – eine bessere



Quelle: UNDP Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, S. 30

Migrations- und Integrationspolitik, die nicht zuletzt auch vor zuwandererfeindlichem Protektionismus schützen könnte.

Fehleinschätzungen hinterfragen

Die im HDR 2009 vorgestellten Erkenntnisse werfen ein neues Licht auf einige verbreitete Fehleinschätzungen zur Migration. Zum Beispiel findet der größte Teil der Migration nicht international sondern innerhalb einzelner Länder statt. 740 Millionen Menschen sind Binnenmigranten – das sind fast viermal so viele wie internationale Migranten, und unter den internationalen Migranten sind es weniger als 30 Prozent, die aus Entwicklungsländern stammen und in entwickelte Länder ziehen. Entgegen gängiger Auffassungen erhöhen Migranten in den Aufenthaltsländern die wirtschaftliche Produktion, fördern die Innovationskapazitäten und die gesellschaftliche Vielfalt.

Die Ärmsten profitieren am meisten...

Der Bericht zeigt, dass Migration auch wesentliche Auswirkungen auf die Minderung der Armut haben kann. Angesichts des ungleichen Entwicklungsstands zwischen und innerhalb von Ländern und Regionen bietet Migration enorme Chancen gerade für die ärmsten Menschen, ihre Situation deutlich zu verbessern. Migranten aus den ärmsten Ländern können durch ihren Umzug in ein Land mit besseren Chancen ihr Einkommen im Durchschnitt um das 15fache steigern, heißt es im HDR. Die Einschulungsquoten lassen sich dadurch verdoppeln. Auch gibt es Hinweise darauf, dass Migrantenfamilien weniger und gesündere Kinder haben, als wenn sie in ihrer Heimat geblieben wären. In aktuellen Untersuchungen bei Migranten in den Vereinigten Staaten wurde herausgefunden, dass sich ihr Gesundheitszustand im ersten Jahr nach der Migration deutlich verbessert hat. Das gilt insbesondere für die Gesundheit der Einwandererkinder.

... doch sie migrieren am wenigsten

Andererseits stellt der Bericht aber auch fest, dass gerade die Ärmsten oft nicht die Möglichkeiten haben, überhaupt zu migrie-

Frauen als Migrantinnen

Fast die Hälfte aller Migranten sind Frauen. Ihr Anteil hat sich in den vergangenen 20 Jahren kaum verändert. Gerade für Frauen bedeutet Migration oft eine Art von Befreiung und eine Stärkung ihrer Rolle. Sie können ihr Einkommen dadurch deutlich erhöhen und ein besseres Bildungsniveau erreichen. Doch viele Frauen riskieren auch, harte Bedingungen ertragen zu müssen und ausgebeutet zu werden. Für Migrantinnen aus Entwicklungsländern, die nur über geringe formale Bildung verfügen, konzentrieren sich die Beschäftigungsmöglichkeiten auf den Pflegebereich, bezahlte Hausarbeit und den informellen Sektor. Diese Arbeit ist in der Regel niedrig bezahlt, es gibt wenig Unterstützungsleistungen und nur sehr begrenzte Karriereaussichten. Dadurch wird die soziale Benachteiligung dieser Frauen noch verstärkt.

In einer Untersuchung in arabischen Ländern wurde festgestellt, dass die Arbeitsbedingungen für Hausangestellte nicht selten mit Missbrauch und Ausbeutung verbunden sind. Migrantinnen werden in einem Teufelskreis der Armut gefangen gehalten und riskieren oft eine HIV-Infektion. In den schlimmsten Fällen werden Frauen von Menschenhandelsnetzwerken mit dem Versprechen gut bezahlter Arbeit ins Ausland gelockt. Dort werden ihnen unter Umständen die Reisedokumente abgenommen und sie werden isoliert, was ihre Flucht erschwert. Sie können in der Schuldknechtschaft landen und einer solchen Situation aufgrund sprachlicher, sozialer und physischer Barrieren kaum entkommen. Würde man diesen Frauen die gleichen Rechte auf Schutz zugestehen, die für Bürgerinnen und Migrantinnen mit legalem Aufenthaltsstatus gelten, ließen sich Missbrauch und Ausbeutung besser verfolgen und verhindern.

Doch auch die ganz legale Migration wird Frauen nicht selten erschwert. Über 20 Länder erlauben Frauen zum Beispiel nicht, eigenständig einen Reisepass zu beantragen. Andere, darunter Myanmar, Saudi-Arabien und Swasiland, verhängen Ausreisebeschränkungen für Frauen. Wenn es Frauen gelingt zu migrieren, sind sie in einigen Zielländern von normalen Arbeitsschutzbestimmungen ausgeschlossen. Wenn zum Beispiel eine alleinstehende Migrantin in einem der Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) schwanger wird, wird sie abgeschoben.

Trotz aller Widrigkeiten schicken Frauen häufiger und – anteilig an ihrem Einkommen gemessen – mehr Geld in die Heimat als Männer, um für ihre Familien ein besseres Leben aufzubauen.

ren. Denn in vielen Fällen entstehen hohe Kosten, bevor ein Migrant oder eine Migrantin sein bzw. ihr Land überhaupt verlassen kann. Für gering qualifizierte Arbeitskräfte, z.B. Hausangestellte, können erhebliche Vermittlungsgebühren oder enorme Kosten für Visa und andere Reisedokumente anfallen – von einer oft unüberwindbaren „Papiermauer“ spricht hier der Bericht. Die Armen haben meist nicht genügend finanzielle Mittel und Informationen. Außerdem schränken gesellschaftliche und andere Barrieren ihre Migrationsmöglichkeiten weiter ein.

Für Menschen aus armen Familien ist es daher sehr viel einfacher, innerhalb ihres eigenen Landes umzuziehen, als ins Ausland zu gehen. Erfahrungen aus Bangladesch, China, Indien, Indonesien, Mexiko und Tansania zeigen, dass die Armutsquo-

ten der Haushalte gesunken sind, aus denen mindestens ein Familienmitglied innerhalb des eigenen Landes umgezogen ist.

Migration ergänzt Entwicklung

Was die Migranten erreicht haben, teilen sie oft mit ihren Familien und Gemeinschaften in der Heimat. In vielen Fällen geschieht dies in Form von Geldtransfers ('*remittances*'), die in vielen Ländern sogar höher sind, als die offizielle Entwicklungshilfe. Doch oft bringt die Migration den Migranten und ihren Heimatländern auch neue Ideen, unternehmerische Fähigkeiten und den Transfer von Technologien Wissen und Ressourcen, die die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung befördern können. Diese so genannten 'gesellschaftlichen Transfers' ('*social remit-*

tances') haben weniger greifbare, aber nicht weniger bedeutende Auswirkungen auf die Versorgung, z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich, oder in Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse.

Für die Wirtschaft und Gesellschaft einiger, insbesondere kleiner Länder ist die Auswanderung ein bedeutender Faktor. Die 13 Länder mit den höchsten Emigrationsquoten weltweit sind kleine Staaten wie Antigua und Barbuda, Grenada oder Saint Kitts und Nevis mit Emigrationsquoten von mehr als 40 Prozent. Die finanziellen Vorteile der Migration sind relativ groß. Im Jahr 2007 machten die Geldtransfers in kleine Staaten durchschnittlich 233 US-Dollar pro Kopf aus, verglichen mit einem Entwicklungsländer-Durchschnitt von 52 US-Dollar.

Untersuchungen, die für den Bericht über die menschliche Entwicklung in Auftrag

gegeben wurden, zeigen, dass eine Reihe von Ländern, darunter Albanien, Bangladesch, Kirgistan und Sri Lanka, migrationspolitische Handlungskonzepte erfolgreich mit Strategien zur Armutsbekämpfung verknüpft haben. Nationale Entwicklungspläne bieten die Chance, Migration besser in die allgemeinen Entwicklungsprioritäten zu integrieren.

Migration in Notsituationen

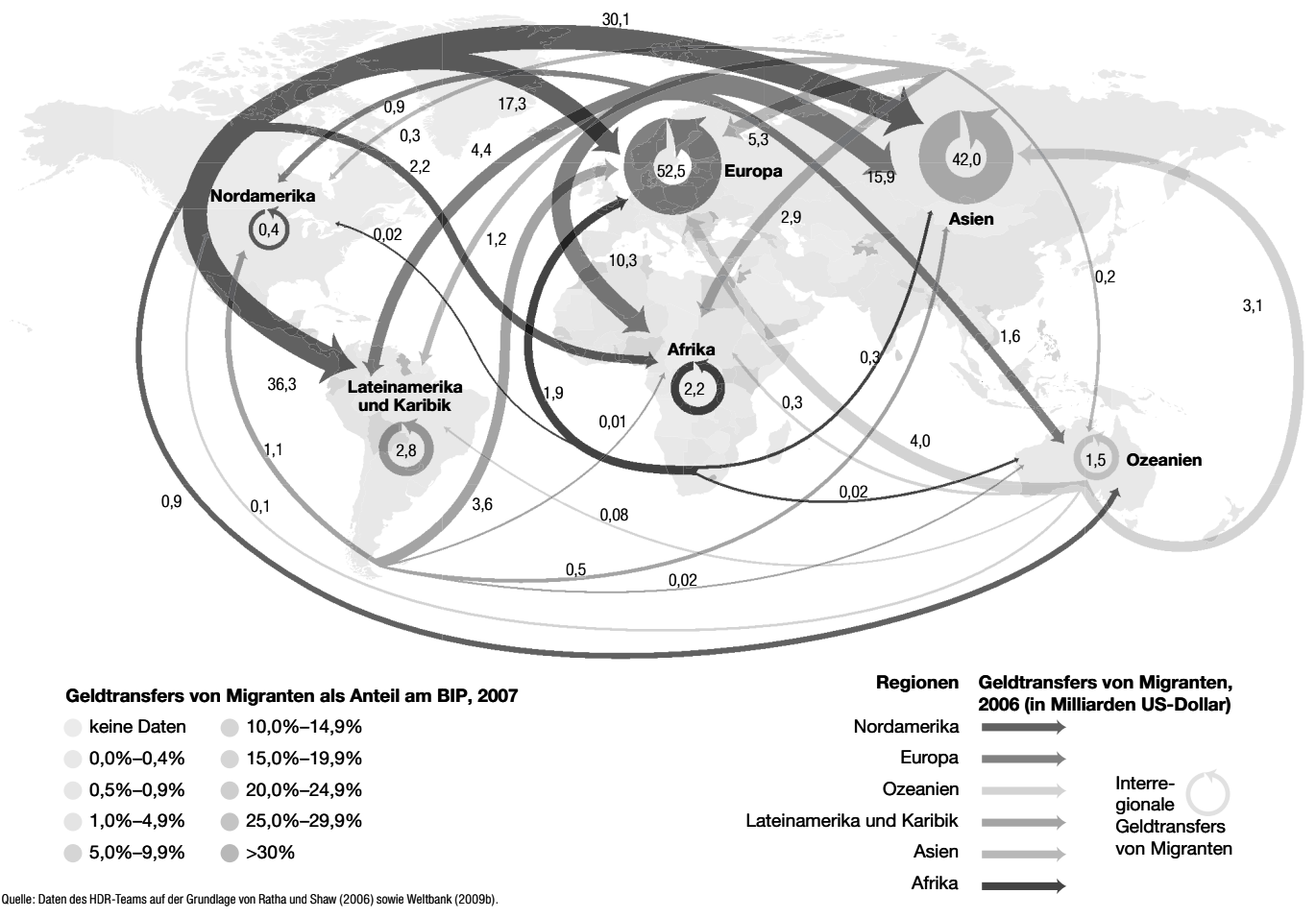
In welchem Maße die Menschen von der Migration profitieren, hängt stark von den Bedingungen ab, unter denen sie migrieren. Migration ist kaum Ausdruck einer einfachen Entscheidung", sagt Jeni Klugman, Hauptautorin des Berichts. „Für zu viele Menschen ist Migration das Nachspiel von Konflikten, Naturkatastrophen oder großer wirtschaftlicher Not".

Schätzungsweise 14 Millionen Flüchtlinge leben außerhalb des Landes ihrer Staatszugehörigkeit. Das sind in etwa sieben Prozent der Migranten weltweit. Die meisten bleiben in der Nähe des Landes, aus dem sie geflohen sind, und leben typischerweise in Flüchtlingscamps, bis die Umstände in ihrer Heimat wieder eine Rückkehr erlauben, circa eine halbe Million pro Jahr begibt sich jedoch in ein entwickeltes Land und ersucht dort um Asyl. Eine weitaus höhere Zahl, etwa 26 Millionen, leben als Binnenvertriebene in einem anderen Teil ihres Landes.

Barrieren abschaffen

Auch in Zukunft werden Menschen migrieren. Der Bericht empfiehlt deshalb Instrumente, um die menschliche Mobilität besser zu steuern. Das vorgeschlagene

Karte 2 Geldtransfers von Migranten fließen vorwiegend aus entwickelten Regionen in Entwicklungsregionen
Umfang internationaler Geldtransfers von Migranten, 2006-2007



Quelle: UNDP Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, S. 91

Ungleiche Verteilung, ungleiche Fortschritte: Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) in 182 Ländern

Trotz der im Laufe der vergangenen 25 Jahre erzielten Fortschritte in vielen Bereichen bestehen zwischen reichen und armen Ländern weiterhin große Disparitäten beim menschlichen Wohlergehen. Dies geht aus dem Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI) hervor, der im Bericht über die menschliche Entwicklung 2009 veröffentlicht wurde. Der HDI kombiniert Indikatoren für die Lebenserwartung, die Alphabetisierung, die Einschulungsquote und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Der diesjährige HDI wurde für 182 Länder und Territorien berechnet – das sind mehr als je zuvor.

„Viele Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten angesichts von Wirtschaftsrezessionen, konfliktbedingten Krisen und der HIV/Aids-Epidemie Rückschläge erlebt. Und dies schon bevor die Auswirkungen der derzeitigen globalen Finanzkrise spürbar wurden“, sagt Jeni Klugman, Hauptautorin des Berichts. Denn die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen aus dem Jahr 2007.

Die HDI-Trends zeigen bedeutende Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung. Durchschnittlich haben sich die HDI-Werte der einzelnen Länder um 15 Prozent verbessert. Die drei Länder auf den aktuellen HDI-Spitzenplätzen sind Norwegen, Australien und Island, in dieser Reihenfolge. Fünf Länder sind im Vergleich zum Jahr 2006 um drei oder mehr Plätze aufgestiegen: China, Kolumbien, Frankreich, Peru und Venezuela. Ausschlaggebend dafür waren Fortschritte bei der Einkommensentwicklung und der Lebenserwartung. Im Falle von China, Kolumbien und Venezuela waren es auch Verbesserungen im Bildungsbereich.

Im gesamten Länderranking gab es starke Veränderungen. Fünfzig Länder sackten im Vergleich zu 2006 um einen oder mehr Plätze ab und eine ähnliche Anzahl an Ländern stieg auf – wengleich selten um mehr als zwei Plätze. In Afrika südlich der Sahara hat zum Beispiel Ghana dank seiner Fortschritte im Bildungsbereich zwei Plätze gewonnen. Der Tschad, Mauritius und Swasiland sind dagegen um zwei Plätze zurückgefallen. Sieben Länder sind in der Rangfolge um mehr als zwei Plätze abgefallen: Belize, Ecuador, Jamaika, der Libanon, Luxemburg, Malta und Tonga. Die drei letzten Plätze im diesjährigen HDI-Ranking belegen Niger, Afghanistan (das seit 1996 das erste Mal wieder in den HDI aufgenommen wurde) und Sierra Leone.

Reformpaket baut darauf auf, dass man die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen realistisch einschätzt. Doch mit politischem Mut seien die Reformen machbar.

Der Bericht ruft dazu auf, bestehende Zugangsmöglichkeiten für mehr Arbeitskräfte zu öffnen, insbesondere für solche mit geringen Qualifikationen. Was die internationale Migration angeht, befürwortet der Bericht keine groß angelegte Liberalisierung, denn die Menschen in den Zielländern hätten ein Recht darauf, ihre Gesellschaften zu gestalten. Doch sehr viel spreche dafür, in Branchen mit einem hohen Bedarf an Arbeitskräften (einschließlich gering qualifizierten Arbeitskräften) die Arbeitsmöglichkeiten für Migranten zu

verbessern. Dies ist für entwickelte Länder besonders wichtig, da ihre Bevölkerungen altern – was den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften erhöht. Die Zuwanderungsbestimmungen zu lockern und die Kosten zu senken sind wichtige Schritte, um den Strom irregulärer Migranten einzudämmen, argumentiert der Bericht. Denn für die Menschen wird es damit einfacher und billiger, legale Wege zu gehen. Der Bericht beinhaltet auch einen Aufruf an die Zielländer, gegen die Diskriminierung von Migranten anzugehen. Die grundlegenden Menschenrechte der Migranten müssen gewahrt werden, angefangen von der Grundversorgung im Bildungs- und Gesundheitsbereich bis hin zum Wahlrecht. Die Regierungen sollten

mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Gruppen vor Ort zusammenarbeiten, um Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Viele Zielländer erkennen Zeugnisse wie zum Beispiel Universitätsabschlüsse oder Nachweise beruflicher Qualifikationen entweder nicht an oder sie verlangen zeitaufwändige und teure Beglaubigungsprozesse. Eine Folge davon ist, dass viele hoch qualifizierte Migranten schließlich in weniger qualifizierten Berufen arbeiten. Dadurch sinkt der Nutzen der Migration, sowohl für die Migranten selbst, als auch für die Zielländer. Der Bericht drängt die Regierungen, solche Qualifikationen einfacher anzuerkennen.

Der Bericht argumentiert, dass es eine kühne Vision braucht, um die potenziellen, durch Migration erzielbaren Gewinne für die menschliche Entwicklung zu erhöhen. Es gilt sicherzustellen, dass die Entscheidungen von Millionen Menschen pro Jahr, die auf der Suche nach besseren Chancen ihre Heimat verlassen, zu mehr Gewinn für die menschliche Entwicklung führen.

Christina Kamp

Weitere Informationen:

www.dgvn.de

<http://hdr.undp.org/en/>

Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung.

Deutsche Ausgabe.
Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2009, 253 Seiten.
ISBN: 978-3-923904-65-5

Bezug:
UNO-Verlag Bonn,
E-Mail: info@uno-verlag.de,
Internet: www.uno-verlag.de
Kostenlose illustrierte Kurzfassung des Berichts unter www.dgvn.de/publikationen.html



Viele Frauen zahlen hohen Preis für Migration

DGVN-Tagung thematisiert die Situation von Migrantinnen

„Migration im Fokus – menschliche Entwicklung, Klimawandel, Frauen“ lautete das Thema einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die am 30. November 2009 in Berlin in Kooperation mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) stattfand. In verschiedenen Beiträgen wurde deutlich, welche Chancen Migration für Frauen bedeutet, aber auch, welchen Gefahren sie ausgesetzt sind. Die Tagung ließ auch erkennen, warum immer mehr Frauen trotz aller Risiken migrieren.

Die Hälfte aller Menschen, die sich zur Migration entschließen, sind inzwischen Frauen. 1960 waren es erst etwa sechs Prozent. Jan de Wilde von der Internationalen Migrationsorganisation (IOM), dem Kooperationspartner bei der Tagung, machte deutlich, dass der Umfang der Migration von Frauen stark von kulturellen Traditionen beeinflusst wird. Während der Frauenanteil unter den internationalen Migranten aus den Philippinen, Indonesien und Sri Lanka bis zu 70 Prozent erreicht, ist ihr Anteil unter den Migranten aus Pakistan sowie den Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas nur gering. In verschiedenen Ländern ist es alleinstehenden Frauen nicht erlaubt, als Migrantinnen ins Ausland zu gehen.

Der gefährvolle Weg in die USA

Professorin Úrsula Oswald Spring aus Mexiko stellte bei der DGVN-Fachtagung in ihrem Vortrag über „Migrantinnen zwischen mehr Lebenschancen und größerer Ausbeutung“ detailliert dar, warum es eine wachsende Zahl internationaler Migrantinnen gibt und welche Konsequenzen dies hat.

Es gibt inzwischen 23 Millionen mexikanische Migrantinnen und Migranten in den USA, und deren Zahlungen in die Heimat in Höhe von 27 Milliarden Dollar im Jahr sind hinter den Öleinnahmen die zweitwichtigste Devisenquelle des Landes. Seit die USA Ende der 1980er Jahren die legalen Migrationsmöglichkeiten stark eingeschränkt haben, ist der Anteil der Mexikanerinnen und Mexikaner, die ohne legalen Status in den Vereinigten Staaten leben und arbeiten, rasch gestiegen. Besonders für Frauen ist die illegale Migration sehr riskant. 70 bis 80 Prozent dieser Migrantinnen werden in Zusammenhang mit dem illegalen Transit in die USA vergewaltigt. Hinzu kommt eine hohe Zahl ermordeter Frauen. Die Grenzregionen Mexikos werden inzwischen von Drogen- und Men-

schenhandelskartellen beherrscht. In den USA angekommen, müssen die Frauen schlecht bezahlte und oft auch gesundheitsgefährdende Arbeiten annehmen. Mexikanische Migrantinnen verdienen noch ein Drittel weniger als Männer. Sie müssen zudem ständig fürchten, entdeckt und deportiert zu werden.

Nachdem sie diese erschütternde Situation dargestellt hatte, fragte Úrsula Oswald Spring in ihrem Vortrag: „Warum migrieren Frauen, wenn sie solch riesige Probleme erleben müssen?“ Ihre Antwort: „Die Lebenschancen sind trotzdem besser.“ Migration bringt nicht nur persönliche Vorteile. Besonders in den ärmsten Gegenden Mexikos haben sich die Lebensbedingungen durch die Geldtransfers der Migrantinnen deutlich verbessert: „Frauen schicken Geld für notwendige Zwecke wie Ernährung, Kleidung und Gesundheit.“ Die Frauen nehmen Risiken und Ausbeutung auf sich, weil sie ihren Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen wollen: „Es geht den Frauen nicht nur um Lebenschancen für sich selbst, sondern auch für ihre Kinder.“

Allerdings sind auch die Kinder gefährdet, die mit ihren Eltern oder ihrer Mutter in die USA migrieren: „Zwischen Januar und September 2008 wurden 90.000 Kinder deportiert, getrennt von ihren Eltern. Die Eltern versuchen, zurück in die USA zu kommen, die Kinder auch. Tausende Kinder versuchen, irgendwo über die Grenze zu kommen, um wieder zu ihren Familien auf der anderen Seite der Grenze zu gelangen.“

Mexiko ist keine Ausnahme, ging aus dem Tagungsbeitrag von Dr. Heike Brabandt von der Universität Bremen hervor. Angesichts der hohen Hindernisse für eine legale Migration in Industriestaaten bleibt vielen afrikanischen und asiatischen Frauen nur die Möglichkeit, Schlepperbanden zu nutzen, was mit hohen Kosten und Risiken verbunden ist. Heike Brabandt plädiert für eine länderübergreifende Zusammenarbeit von Frauen: „Es geht nicht nur um die Rechte von Frauen in den Herkunftsländern, sondern auch darum, wie Frauen hier bei uns gemeinsam etwas verändern können.“



Dr. Úrsula Oswald Spring, I.E. Delia Domingo Albert, Sibylle Pfeiffer (MdB, Mitglied des DGVN-Beirats für Weltbevölkerung), Dr. Heike Brabandt (v.l.n.r.)

Foto: Dieter Düvelmeyer

Die Chancen legaler Migration

Wenn die Migrantinnen die Unterstützung ihrer Regierungen erhalten und wenn sie legal arbeiten können, verbessert das ihre Situation deutlich. I.E. Delia Domingo Albert, Botschafterin der Philippinen in Deutschland, gab einen Einblick in die Situation der internationalen Migrantinnen und Migranten ihres Landes. Inzwischen ist jeder zehnte Bürger der Philippinen migriert, und die Hälfte von ihnen lebt permanent in einem anderen Land. Ein hoher Bildungsstand und große Anpassungsfähigkeit erleichtern es, in anderen Gesellschaften Fuß zu fassen.

Dennoch, räumte die Botschafterin ein, haben diese Erfolge einen Preis. Dazu gehört die Trennung von Familien und in vielen Fällen nur eine Tätigkeit unterhalb des tatsächlichen Qualifikationsniveaus: „Man findet in Dubai einen Taxifahrer, der

Rechtsanwalt ist. Und gut ausgebildete Buchhalterinnen arbeiten als Verkäuferinnen in Duty-free-Shops.“

Eva Jespersen, eine der Autorinnen des diesjährigen „Berichts über die menschliche Entwicklung“ mit dem Schwerpunkt „Migration und menschliche Entwicklung“, betonte in Berlin: „Die Perspektive des 'Human Development Reports' ist es, auf den Nutzen von Migration zu blicken.“ Angesichts der Gefahren und Benachteiligungen, denen viele Migrantinnen ausgesetzt sind, forderte sie: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Vorteile der Migration erhöht und die Risiken gemindert werden.“ Dahin ist es, so wurde auf der DGVN-Tagung deutlich, noch ein langer Weg.

Frank Kürschner-Pelkmann

Weitere Informationen:

www.dgvn.de

www.klimawandel-bekaempfen.de



I.E. Delia Domingo Albert, Botschafterin der Philippinen in Deutschland

Foto: Dieter Düvelmeyer

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Entwicklung – 15 Jahre nach Kairo

Globales NGO Forum vom 2. bis 4. September 2009 in Berlin

Mehr als 400 Expertinnen und Experten aus 131 Ländern fordern von Regierungen konkrete und voll finanzierte Maßnahmen, um die vor 15 Jahren auf der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz (ICPD) gegebenen Versprechen zu halten. Mit der internationalen Konferenz „Global Partners in Action: NGO Forum on Sexual and Reproductive Health and Development“ Anfang September in Berlin gaben sie der globalen Bewegung für die Gesundheit und Rechte von Frauen neuen Schwung.

Die Konferenz brachte Vertreter führender Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus aller Welt zusammen, die zu sexueller und reproduktiver Gesundheit arbeiten. Die Ergebnisse des Forums sollen in den Folgeprozess der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz und weiterer UN-Konferenzen einfließen. Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 hatten 179 Regierungen zugesagt, mehr in Gleichheit, Menschenrechte sowie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Mädchen und Frauen zu investieren.

Konjunkturmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Mit einem Appell an die Staaten, ein Prozent ihrer Konjunkturmittel für Entwicklungshilfe bereitzustellen, eröffnete Heidemarie Wieczorek-Zeul, im September noch



Thoraya A. Obaid (UNFPA), Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ), Gill Greer (IPPF), Imane Khachani (Youth Coalition, Marokko), Helen Clark (UNDP), v.l.n.r.

Foto: C. Kamp

Bundesentwicklungsministerin, das „Globale NGO-Forum“ in Berlin. Mit einem Zehn-Punkte-Papier rief sie zu mehr politischem Engagement für Frauen und Mädchen in aller Welt auf. „Investitionen in die Gesundheit von Frauen sind Investitionen in die Zukunft“, so Wieczorek-Zeul. Sie betonte die Fortschritte, die seit Kairo gemacht wurden. So sei zum Beispiel die weibliche Genitalverstümmelung in vielen Ländern unter Strafe gestellt worden. Aber an vielen Stellen sei man hinter den Zielen weit zurück. Nach wie vor gehörten Gewaltexzesse zum Alltag von Millionen Frauen. Wenn Länder sogar im Falle von Vergewaltigungen Schwangerschaftsabbrüche nicht zulassen, widerspreche das den Menschenrechten. „Wenn Männer Kinder auf die Welt bringen würden, wäre das Gesundheitssystem das am besten ausgebaute System“, vermutet Wieczorek-Zeul.

Partnerschaften zwischen UN und Nichtregierungsorganisationen

Doch da dem nicht so ist, sind es die Frauen, die Veränderungen voranbringen. Dass

dies auch innerhalb der Vereinten Nationen gilt, betonte Thoraya Ahmed Obaid, Direktorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), der das NGO-Forum zusammen mit dem BMZ ausgerichtet hat. Sie betonte auch die Rolle der Nichtregierungsorganisationen, die die Agenda von Kairo mitgestaltet haben. Menschenrechte, Vielfalt und Partnerschaften seien der Weg nach vorn. UNFPA arbeite mit der International Planned Parenthood Federation (IPPF) zusammen und wünsche sich in einem „Netzwerk der Willigen“ ähnliche Partnerschaften auch mit anderen Organisationen, so Obaid. Die UNFPA-Direktorin kündigte an, im Januar 2010 eine NRO-Beratungsgruppe einrichten zu wollen.

Mangelnde Fortschritte bei MDG 5

Helen Clark, frühere Premierministerin von Neuseeland und Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), räumte den Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals – MDGs) kaum Chancen ein, solange 50 Prozent der Weltbevölkerung

ihre Rechte verwehrt blieben. Bei Ziel 5 zur Verbesserung der Müttergesundheit sei am wenigsten erreicht worden. Zwar hätten einige Länder Fortschritte gemacht, jedoch viel zu langsam. Die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Frauen sei wesentlich, um auch die anderen Ziele menschlicher Entwicklung zu erreichen. Zugleich nützten Fortschritte bei anderen Zielen, z.B. im Bildungsbereich, auch für Ziel 5. „Nie zuvor hatte die Welt so viel Wissen und so viele Ressourcen. Das galt in Kairo und gilt heute noch viel mehr“, so Clark. Doch sie wies auch auf die Gefahren durch die Wirtschaftskrise hin, die viele der mühsam erzielten Entwicklungsfortschritte aufs Spiel setzt. Frauen und Mädchen werden am schlimmsten betroffen sein.

Junge Menschen einbeziehen

„Die Herausforderungen sind heute größer als im Jahr 1994“, sagte Gill Greer, Generaldirektorin der International Planned Parenthood Federation (IPPF). „Dazu gehören die weltweite Finanzkrise, der Klimawandel, die HIV/Aids-Epidemie, zunehmender Konservatismus und fragmentierte Gesundheitssysteme.“ Junge Menschen unter 25 Jahren bilden heute die größte Jugendgeneration aller Zeiten – mehr als 1,5 Milliarden Menschen. „Wer im Jahr 1994 geboren wurde, ist jetzt 15 Jahre alt – an der Schwelle zum Erwachsensein“, sagte sie. „All diese Jugendlichen brauchen umfassende gesundheitliche Aufklärung und Gesundheitsdienstleistungen.“

Junge Menschen einzubeziehen stelle nicht etwa einen Gefallen dar, den man ihnen tue, sondern sie hätten nach der Kinderrechtskonvention ein Recht darauf. Darauf wies Norwell Jermin Hinds (GuyberNet, Guyana) hin. Die Agenda von Kairo müsse von denen vorangebracht werden, die persönlich betroffen seien. Dies bestätigte auch Anand Grover, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Gesundheit. Er verwies auf die Erfahrungen, die mit HIV/Aids gemacht wurden. Man müsse die Betroffenen mobilisieren, ihre Rechte einzufordern. Durch Nichtregierungsorganisationen allein ließe sich dies nicht ersetzen. Zu HIV/Aids gebe es mittlerweile eine Lobby. Die brauche man zu den anderen Themen in diesem Kontext auch.



Seit der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 stehen die Rechte und die Gesundheit der Frauen im Mittelpunkt

Foto: Vereinte Nationen

Berliner Aufruf zum Handeln

Abschlussklärung des Global NGO Forums

In einem fünf Punkte umfassenden „Berlin Call to Action“ fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Konferenz „Global Partners in Action“ die internationale Gemeinschaft auf, das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo bis 2015 umzusetzen. „So notwendig der Kairoer Aktionsplan schon 1994 war, heute ist er noch wichtiger geworden“, heißt es in dem Abschlussdokument der Konferenz.

Es bleiben nur noch fünf Jahre, um das Aktionsprogramm umzusetzen. Deshalb werden lokale, nationale und internationale Entscheidungsträger aufgefordert, gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen konkrete, praktische und voll finanzierte Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und entsprechenden Rechten zu sichern. Die Nichtregierungsorganisationen verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern und fordern sofortiges Handeln auf nationaler und internationaler Ebene, um

- zu garantieren, dass sexuelle und reproduktive Rechte als Menschenrechte durch gesetzliche Reformen und neue Familienpolitiken voll anerkannt werden;
- in den Zugang zu umfassenden Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit, Hilfsgütern und Dienstleistungen zu investieren – zugleich ein vordringliches Ziel für die Stärkung von Gesundheitssystemen –, indem der Zugang für alle (insbesondere von Menschen in Notsituationen) zu Familienplanung, zu professioneller Betreuung von Schwangeren und Neugeborenen sowie zur Prävention und Behandlung von HIV/Aids verbessert wird und indem unsichere Abtreibungen als Gesundheits- und Menschenrechtsproblem angegangen werden;
- die sexuellen und reproduktiven Rechte junger Menschen zu wahren, indem die Hindernisse, die ihnen den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen verwehren, abgebaut werden. Ziel ist es, dass sie Zugang zu Informationen erhalten und Entscheidungen über ihr eigenes Leben treffen können;
- formale Mechanismen zu schaffen, die eine bedeutende Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungen sicherstellen und die eine Überprüfung von Programmen, Politikentwürfen und Budgets etablieren, indem Lobbyisten als Verteidiger der Menschenrechte geschützt, junge Menschen beteiligt werden sowie Randgruppen und Nichtregierungsorganisationen im politischen Dialog Autonomie garantiert wird;
- sicherzustellen, dass Geberbeiträge, nationale Haushalte und Politiken die Bedürfnisse aller Menschen nach sexueller und reproduktiver Gesundheit und ihren Rechten befriedigen, insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

„Die Menschen können ohne die volle Umsetzung des Aktionsprogramms von Kairo nicht in Würde leben“, heißt es im Abschlussdokument. „Es ist eine Frage der Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung für alle.“

Der „Berlin Call to Action“ im Internet:
www.globalngoforum.de

Rückblick auf Kairo

Als Sprecherin der Jugendlichen, die auf dem NGO Forum in großer Zahl vertreten waren, blickte Imane Khachani von der Youth Coalition, Marokko, auf Kairo zurück. „Kairo war ein Meilenstein in der

Geschichte – das Ende der Bevölkerungskontrolle. Für mich wurde es zu einer Verpflichtung und einem Versprechen – dem Versprechen, dass die Gesundheit der Menschen über politischen und wirtschaftlichen Überlegungen zu stehen hat“. Seit Kairo seien bedeutende Fortschritte

gemacht worden, so Khachani. In Marokko seien die Teenager-Schwangerschaften zurückgegangen, das Heiratsalter erhöht worden. „Heute können wir sagen, dass mein Land sich engagiert, die Ziele von Kairo umzusetzen.“ Doch es gebe weiterhin Barrieren, nicht nur in Marokko, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Sexualkunde sei oft medizinisch ausgerichtet, andere Aspekte würden nicht berücksichtigt. „Doch was wollen junge Menschen?“, fragte Khachani „Sie wollen nicht als homogene Gruppe angesehen werden. Programme für Jugendliche sollten ihre Vielfalt und die jeweiligen Bedürfnisse der Jugendlichen anerkennen.“ Dabei gelte es, über Kairo hinauszudenken.

Die Botschaft von Kairo: Sexy, langweilig oder einfach schwierig?

Auch Gita Sen, Professorin am Indian Institute of Management in Bangalore, Indien, hob die Bedeutung von Kairo hervor. „Die Internationale Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) hat uns das Vokabular zur Verfügung gestellt, um auszudrücken, was wir wollen. Vor Kairo bedeuteten einige Begriffe nur das, was sie für die Bevölkerungskontrolle bedeuteten. Nach Kairo erhielten sie eine neue Bedeutung. Große Veränderungen wie Kairo geschehen nur, wenn sie einen günstigen Moment, eine 'Welle' in der Geschichte nutzen.“

Die „Revolution von Kairo“, so Pinar Ilkkaracan, Direktorin der türkischen Organisation Women for Women's Human Rights, bestand darin, dass die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt gestellt wurden. Doch gerade in den vergangenen zehn Jahren hatten Angriffe auf das ICPD-Programm durch einen konservativen, rechten Diskurs negative Auswirkung. „Dadurch wurde unser Diskurs an den Rand gedrängt“. Der ghanaische Consultant und frühere Regierungsberater in Fragen reproduktiver Gesundheit, Fred Sai, stellte fest, dass viele Länder zwar das Aktionsprogramm von Kairo unterschrieben hätten, aber nicht wüssten, wie es umgesetzt werden solle. Ghana habe zum Beispiel versucht, ein Gesetz gegen häusliche Gewalt zu verabschieden. Die meisten Aspekte dieses Gesetzes seien auch verabschiedet wor-

den, außer der Vergewaltigung in der Ehe. Noch immer werde häusliche Gewalt nicht als das verstanden, was sie wirklich sei: Gewalt!

Reproduktive Gesundheit und Armut

Nafis Sadik, Sonderberaterin des UN-Generalsekretärs machte deutlich, dass es zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in der jüngsten Zeit mehr Fortschritte gegeben habe als jemals zuvor in der Geschichte. Doch noch immer würden genauso viele Frauen bei einer Geburt sterben wie vor 15 Jahren, als diese Nachricht die Welt schockierte.

Sara Seims von der Flora Hewlett Foun-

dation berichtete von einer Studie in Bangladesch, in der auf Haushaltsebene gezeigt werden konnte, dass sich mit weniger Kindern pro Familie und einem besseren Gesundheitszustand die wirtschaftliche Situation der Familien verbessert. Mit einem Kind weniger pro Familie haben die Familien 43 Prozent mehr Vermögen und erzielen pro Schulbesuchsjahr um 150 Prozent höhere Löhne. Die Armut habe sich durch Familienplanung und bessere Gesundheitsversorgung deutlich verringern lassen.

Berliner Aufruf zum Handeln

Mit einem abschließenden „Berliner Aufruf zum Handeln“ (s. Kasten Seite 11) ga-

ben die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer neue Impulse zur Umsetzung des Aktionsprogramms von Kairo. Das Abschlussdokument nahmen Abgeordnete aus dem Tschad, der Dominikanischen Republik, Litauen und Schweden stellvertretend entgegen. „Das Forum hat uns neue Energie gegeben“, fasste Purnima Mane, Vize-Direktorin von UNFPA, die Bedeutung der Veranstaltung zusammen. „Der Berliner Aufruf bestätigt unser Engagement für die Ziele der ICPD.“

Christina Kamp

Weitere Informationen:

www.globalngoforum.org

„Berliner Appell“ des BMZ:

www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/berliner_appell_de.pdf

Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Unter dem Titel „Herausforderung für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten“ untersucht der Arabische Bericht über die menschliche Entwicklung (AHDR) 2009, weshalb sich die Hindernisse für die menschliche Entwicklung in der Region als so hartnäckig erweisen. Der Bericht findet Antworten in der Fragilität der Politik-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltstrukturen. Zudem fehle es an einer Entwicklungspolitik, die auf die Menschen ausgerichtet ist, und nicht zuletzt sei die Region durch Interventionen von außen verwundbar. Da ohne menschliche Sicherheit die Voraussetzung für

Fortschritte in der menschlichen Entwicklung fehle, müsse diese wieder aufgebaut werden. Deshalb fordert der Bericht eine Neuausrichtung des arabischen Gesellschaftsvertrages, basierend auf sieben Bausteinen. Genannt werden ein verbesserter Umweltschutz, die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, ein besserer Schutz der Rechte von Frauen, Kindern und Flüchtlingen, die Verringerung der Abhängigkeit von Rohölexporten zugunsten einer diversifizierten und wissensbasierten Wirtschaft sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Armut und Hunger. Das Menschenrecht auf Gesundheit müsse gestärkt und

Besatzung, militärische Konflikte und Interventionen beendet werden. *ck*

Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten.

Kurzfassung. United Nations Development Programme (UNDP). Regional Bureau for Arab States, 2009, 19 Seiten.

Deutsche Zusammenfassung: www.dgvn.de unter Publikationen

Weltwasserentwicklungsbericht 2009

Der aktuelle „World Water Development Report“ (WWDR) 2009 „Water in a Changing World“ analysiert den Zustand der Süßwasserressourcen der Welt. Der alle drei Jahre erscheinende Bericht ermöglicht, die Veränderungen der Süßwasservorräte, ihr Management und die Fortschritte in Hinblick auf die Millenniumsentwicklungsziele zu beobachten. Dabei wird deutlich, dass Herausforderungen wie der Klimawandel und die Bevölkerungsdynamik die Risiken im Wassermanagement erhöhen und die Probleme kom-

plexer machen. Externe Faktoren und politische Handlungskonzepte, die außerhalb des Wassersektors liegen, haben mehr Einfluss auf das Wassermanagement als die Wasserpolitik der dafür im Kern zuständigen Ministerien. Das World Water Assessment Programme (WWAP), das auch den Bericht koordiniert, arbeitet mit seinen Partnern daran, mit der Wasserversorgung verbundene Unsicherheiten zu verringern, Entscheidungen zu erleichtern und Investitionen zu fördern. Dazu wird die Bedeutung der Investitionen in die

Wassermanagement-Kapazitäten und der Infrastruktur in anderen Bereichen im Zusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung hervorgehoben. Das WWAP ist ein Zusammenschluss von 26 Institutionen des UN-Systems und weiteren Partnern, darunter Regierungen und internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

ck

Weitere Informationen:

www.unesco.org/water/wwap/wwdr